

## Wahlprüfsteine des baden-württembergischen Einzelhandels zur

## Landtagswahl am 27. März 2011

**Die wirtschaftspolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien nehmen Stellung zu zentralen Anliegen des Einzelhandels.**

**Was sind Ihre politischen Akzente zur Stärkung des Mittelstands im Land?**

**Wie werden Sie mit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (z. B. durch eine finanziell unterstützte Beratung) im Falle einer Regierungsverantwortung verfahren?**

**Inwieweit und mit welchen Forderungen wird sich Ihre Partei für ein transparenteres und effizienteres Steuersystem einsetzen?**

**Welche Ziele haben Sie in punkto Gewerbesteuer, von der die Handelsunternehmen derzeit teilweise in Form einer Kostenbesteuerung über Gebühr betroffen sind?**

**Durch welche konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau wollen Sie die Handelsunternehmen im Land künftig entlasten?**



Dr. Reinhard Löffler

Die Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen zu verbessern, ist das zentrale Anliegen unserer Wirtschaftspolitik. Dazu gehören die Stärkung der Finanzkraft, die Innovationsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Technologie- und Innovationstransfer, regionale Clusternetzwerke, die Stärkung des Eigenkapitals, die Bürgerschaftsprogramme und die Unterstützung auf in- und ausländischen Märkten zur Förderung der unternehmerischen Aktivitäten. Das Leistungsspektrum und die politischen Zielsetzungen sind im Mittelstandsbericht 2010 festgelegt und werden konsequent umgesetzt.

Der Maßnahmenkatalog des Mittelstandsberichts 2010 wird konsequent umgesetzt. Dazu gehören neben Finanzierungshilfen, wie Bürgschaften, Existenzgründungsdarlehen, Liquiditätshilfen, Kredite, auch Maßnahmen zur Weiterbildung und Fachkräftesicherung auch die Erschließung neuer Zukunftsmärkte. Innovationsgutscheine, Innovationsberater, Verbundforschung und Technologieförderprogramme sollen die globale Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen dauerhaft sichern. Der Abbau von bürokratischen Hemmnissen und steuerlicher Belastungen bleibt Daueraufgabe der Landesregierung.

Die Landesregierung hat sich im Bundesrat für eine mittelstandsgerechte Steuer und Abgabenpolitik eingesetzt. Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung sank die Belastung der Gewinne von Kapitalgesellschaften von 38 auf 30%. Auch die Anhebung des Sofortabzugs für die Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 150 Euro auf 410 Euro stärkt die Liquidation unseres Mittelstands. Bei der Erbschaftsteuer wurde eine Absenkung der Belastung bei der Unternehmensnachfolge erreicht. Das Steuersystem einfacher, transparenter und effizienter zu machen, bleibt eine der politischen Hauptaufgaben.

Über die Reform der Gewerbesteuer wird zur Zeit mit den kommunalen Spitzenverbänden eingehend beraten. Dabei sollte sich die Politik der Forderung, diese kommunale Steuer auf zusätzliche Schultern zu verlagern nicht sperren. Wesentlich dabei ist, die Gewerbesteuer schon jetzt von substanzbelastenden Elementen vollständig zu befreien.

Schon jetzt hat das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz bei der Rechnungslegung, der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht zu einer spürbaren finanziellen Erleichterung von Einzelkaufleuten geführt. Dieses Gesetz gilt es auf Personen und Kapitalgesellschaften auszuweiten, die nicht mehr als 500.000,- Euro Umsatzerlöse und einen Jahresüberschuss von 50.000,- Euro vorweisen.



Dr. Rainer Prewo

Starker Mittelstand heißt funktionierender Wettbewerb. Der sorgt für günstige Preise, für Arbeitsplätze, für Flexibilität und Innovation. Darum steht der Mittelstand im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik. Was kann der Staat dafür tun? Er soll nicht die Geschäfte lenken, sondern den Rahmen für guten Wettbewerb schaffen: Statt Großstrukturen auf der grünen Wiese - Stärkung der Innenstädte, des Fach- und eigentümergeführten Handels; öffentliche Aufträge in mittelstandsfreundlichen Gewerker vergeben statt an Generalunternehmer; Wettbewerb in den Energiemarkt bringen; gute Straßen bauen, die ein mittelständischer Markt braucht; Schulen, die Kinder zur Ausbildungsreife fördern statt viele auszusondern.

Wir halten nichts von immer weiter wuchernden Subventionen. Zuschüsse für Beratungen müssen durch Steuern finanziert werden, führen oft zu Fehlallokationen und treiben leicht die Preise der bezuschussten Leistung nach oben. Viel besser ist es, wenn der Staat seine eigenen Aufgaben - Ordnungspolitik, Regeln, die das Verbrauchervertrauen festigen, Verkehrswege, Schulen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie - wirtschaftsfreundlich erfüllt.

Im Ganzen ist die Steuerlast in Deutschland im Mittelfeld. Die frühere rot-grüne Regierung hatte sie auf den niedrigsten Wert der letzten zwanzig Jahre gebracht. Das gehört zur Ehrlichkeit der Diskussion. Einfacher und effizienter muss es allerdings werden, auch bei der Durchsetzung des Steuerrechts gegen Hinterziehung, der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Da ist vieles eingerissen, wie man weiß. Effizienzdefizite gibt es außerdem bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben (siehe oben).

Die Gewerbesteuer ist Gemeindesteuer - sie ist viel mehr als eine Geldquelle, sie bildet einen Hebel und Anreiz zu gewerbefreundlicher Kommunalpolitik. Dass wirtschaftsstarke Gemeinden dadurch finanziell besser dastehen - ist also gewollt. Ihr Wegfall (und Ersetzung durch eine andere Steuer!) würde diese Wirkung schwächen.

Der Bürokratieabbau ist trotz aller Beschwörungen in den letzten Jahren kaum vorangekommen. Als langjähriger Oberbürgermeister weiß ich, es ist ein harter und zäher Kampf, doch Erfolge sind möglich, konkret und schrittweise. Lippenbekenntnisse sind oft das Gegenteil echten Bemühens. Vorschlag: Gleich nach Bildung des neuen Landtags setzen wir uns mit den Verbänden der Wirtschaft zusammen und forsten durch, was an Vorschriften fallen kann.



Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wir setzen weiterhin auf ein mittelstandsfreundliches Klima. Wir wollen die Innovationsfähigkeit des Mittelstands stärken. Hierzu sind die Innovationsgutscheine ein wichtiges Instrument. Unerlässlich für eine gute Zukunft des Mittelstands sind ein hoch leistungsfähiges Schulsystem sowie ein klares Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem. Bei der Standortentwicklung wollen wir die Landesplanung weiterentwickeln und es hierbei den wesentlichen Akteuren ermöglichen, bei Entscheidungsprozessen, z.B. bei Fragen der Ansiedlungspolitik, wirtschaftlichen Erwägungen eine größere Bedeutung beizumessen.

Wirtschaftsförderprogramme erachten wir z.B. in den Bereichen der Gründungen, Innovationen, Qualifizierungen sowie in Krisensituationen weiterhin für geboten, wenn hierdurch keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Die Unterstützung der Krisenberatung durch das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat sich in der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzkrise insbesondere im Verbund mit dem Bürgerschaftsprogramm des Landes bestens bewährt. Noch stärker wollen wir im Bereich der Gründungsförderung werden. Die FDP ist weiterhin Garant für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik im Land Baden-Württemberg.

Die FDP steht zu ihren Grundaussagen zur Steuerpolitik: Wir wollen schrittweise eine Steuerreform umsetzen, die dem Motto „einfach, niedrig und gerecht“ Rechnung trägt. Aufgrund des Einbruchs der Steuereinnahmen konnten die Festlegungen der Koalitionsvereinbarung des Bundes im Bereich des Steuertarifs bislang nicht umgesetzt werden. Ein erster Schritt zur Steuervereinfachung von rund 500 Mio. € und zur Bürokratiekostenentlastung ist für dieses Jahr fest verabredet. Nach der Steuerschätzung im Mai wird auch zu entscheiden sein, welche Steuerreformspielräume die Koalition im Bund sieht.

Allen Plänen, die Gewerbesteuer zu „revitalisieren“, sie also auf freie Berufe und andere Selbstständige auszudehnen und die ertragsunabhängigen Bestandteile weiter auszudehnen, hat die FDP stets eine klare Absage erteilt. Wir plädieren im Gegenteil dafür, die Gewerbesteuer abzuschaffen und den Kommunen stattdessen einen höheren Anteil an der Mehrwertsteuer zur Verfügung zu stellen und ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer einzuräumen. Für die Kommunen wäre dies zumindest aufkommensneutral; die hohe Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer würde die Kommunen nicht mehr treffen.

Die Mittelstandsfreundlichkeit ist der Maßstab unseres Handelns. Jedes Vorhaben muss daher auf bürokratische Lasten untersucht werden. Die Freisetzung von Wachstumsimpulsen muss Vorrang haben. EU-Recht darf nur noch 1:1 umgesetzt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (Antidiskriminierung) der großen Koalition muss ein Ausrutscher bleiben. Einheitliche Begriffsdefinitionen und Berechnungen von Schwellenwerten wären ein großer Vorteil. Wir brauchen eine strikte Aufgabenkritik. Nur was unbedingt erforderlich ist, darf dem Mittelstand zugemutet werden.



Edith Sitzmann

Verlässlichkeit und Vertrauen sind die wichtigsten politischen Ressourcen für den Mittelstand. Dies wollen wir Ihnen bieten und nicht wie Schwarz-Gelb durch Lobbypolitik von der Hotel-Steuer bis zur Laufzeitverlängerung für Atomunternehmen die Glaubwürdigkeit der Politik untergraben. Wir wollen energie- und ressourcensparendes Wirtschaften fördern. Bisherige Initiativen sind am Handel vorbeigegangen, obwohl auch Sie von steigenden Energiepreisen betroffen sind. Gegen den Fachkräftemangel setzen wir auf individuelle Förderung an den Schulen und auf verstärkt berufsbegleitende Weiterbildung.

Wir wollen Gründerinnen und Gründer und kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Innovationskraft fördern. Die vom Land geförderte Beratung wollen wir zu einem nachfrageorientierten Gründungsberatungsgutschein umbauen, bei dem Gründer und KMU mehr Freiheit haben, eine passende, zertifizierte Beratung zu finden. Bei den Finanzhilfen setzen wir auf eine Stärkung der Eigenkapitalhilfen und Beteiligungsprogramme im Rahmen bis 2 Mio. Euro. Große öffentliche Bürgschaften mit zwei- und dreistelligen Millionenbeträgen hingegen stellen große Eingriffe in den Markt dar und sollten Ausnahmen sein.

Die Steuergesetzgebung liegt alleine in der Hand des Bundes. Daher besteht auf Landesebene keinerlei Gestaltungsspielraum. Auf Bundesebene wollen wir ein einfacheres und gerechteres Steuersystem umsetzen. Steuersenkungen auf Pump lehnen wir ab. Denn die Steuersenkungen von heute sind die Schulden von morgen. Unser Ziel ist, die immer weiter steigende Staatsverschuldung durch die Umsetzung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse einzudämmen. Nur so haben auch zukünftige Generationen noch Gestaltungsspielräume.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt wird. Damit würden nicht nur Gewerbebetriebe sondern auch freiberuflich Tätige in die Steuerpflicht einbezogen. Die gesamte Steuerlast wird dann breiter verteilt und die Konjunktorempfindlichkeit der bisherigen Gewerbesteuer wird gesenkt. Damit ergibt sich für die Kommunen die Möglichkeit, die Hebesätze stabiler zu halten und Erhöhungen zu vermeiden.

Damit die Bürokratiebelastung der Unternehmen gesenkt wird, müssen neue staatliche Regelungen schlank sein und alte, die nicht mehr benötigt werden, abgeschafft werden. Wir wollen die Geltungsdauer von Verwaltungsvorschriften des Landes auf fünf Jahre befristen und eine Befristung von Gesetzen und Verordnungen prüfen. Wir wollen einen arbeitsfähigen Normenkontrollrat zur Rechtsfolgeabschätzung für die Landesebene mit bis zu sieben Experten auch aus kleinen und mittleren Unternehmen. Die Baugenehmigungsverfahren der Landesbauordnung wollen wir von heute vier auf drei verringern.

## Wahlprüfsteine des baden-württembergischen Einzelhandels zur

## Landtagswahl am 27. März 2011

**Welche bildungspolitischen Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der Ausbildungsreife von Jugendlichen und zur Vermittlung sozialer Schlüsselqualifikationen?**

**Wie wollen Sie den Verbraucherschutz künftig kundenfreundlich und zugleich wirtschaftsverträglich gestalten und überbordende Regulierungen diesbezüglich eindämmen?**

**Wie lauten die Ziele Ihrer Partei in Sachen Städtebauförderung und wo sind Ihre Ansätze, um die Innenstädte in Baden-Württemberg attraktiv zu erhalten?**

**Wie wollen Sie die überdurchschnittliche Belastung von Handelsunternehmen sowohl bei der GEZ als auch bei den steigenden Energiekosten durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz korrigieren?**

**Haben Sie vor, die Entscheidungsprozesse bei Großprojekten im Land (wie derzeit bei Stuttgart 21 diskutiert) bei künftigen Verfahren zu ändern und wenn ja, wie?**



Dr. Reinhard Löffler

Die Landesregierung hat gerade den Bericht der Enquete-Kommission zur beruflichen Weiterbildung vorgelegt. Seine Ziele werden in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt. Ein Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung wird nicht nur zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen sondern auch die Qualität der Ausbildung nachhaltig verbessern. Zahlreiche Maßnahmen wirken dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegen. Der Hochschulzugang für Berufstätige wurde erleichtert. Auch die Stärkung der Hauptschule als Werkrealschule wird jungen Menschen eine bessere Abschlussqualifikation verschaffen.

Verbraucherschutz ist das Ergebnis europäischer und bundesdeutscher Politik. Die Landesregierung hat nur eingeschränkte Möglichkeiten hier einzugreifen. Verbesserungen sind aber im Bereich von netzbasiereten Verträgen aber auch von Finanzdienstleistungen wünschenswert. Eine Weiterentwicklung des Verbraucherinformationsgesetzes wird die Landesregierung unter Einbeziehung aller Verkehrskreise in der nächsten Legislaturperiode verfolgen.

Die Landesregierung hat aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in vier ausgewählten Oberzentren Vorhaben zur Verbesserung der Infrastruktur mit 47 Mio. Euro gefördert. Mit weiteren 7,4 Mio. Euro wurden Projekte in baden-württembergischen Großstädten gefördert zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Attraktive Innenstädte sind nicht nur touristische Anziehungspunkte, sie fördern die Kaufkraft und stärken das Lebensgefühl. Die Landesregierung wird auch künftig die Kommunen finanziell bei ihren städtebaulichen Maßnahmen fördern und das Wohnungsprogramm aufrecht erhalten.

Der erste Entwurf zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages belastete zahlreiche Unternehmen auch die Handelsunternehmen überdurchschnittlich bei der GEZ-Gebühr. Die Einwände aus Baden-Württemberg haben hier eine nachhaltige Verbesserung der Gebührenstruktur gebracht, die zwar immer noch nicht befriedigend ist aber nur so von allen Bundesländern geteilt wird. Sobald ein Überblick über die Einkommen nach dem neuen Staatsvertrag vorliegen, können weitere Entlastungen vorgenommen werden. Die Kosten für das EEG sind m.E. in der Tat zu hoch. Wenn der Atomausstieg forciert wird, drohen diese Kosten weiter zu steigen.

Die Umsetzung großer Infrastrukturprojekte, die dem Gemeinwohl dienen, ist wegen zunehmenden Bürgerprotest schwieriger geworden. Die Lehre aus S 21 ist, die Informationspolitik zu verbessern. Transparenz von Nutzen, Risiken und Vorteile muss im Vorfeld intensiver in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Politik muss verlässlich bleiben. Entscheidungen von Gerichten und Parlamenten dürfen Plebiszite nicht relativieren. Die Summe der Einzelinteressen ist nicht notwendig das Interesse des Gemeinwohls.



Dr. Rainer Prewo

Wir stimmen den Handels- und Handwerksverbänden zu: Unser Schulsystem produziert zu viele Versager und Schülerinnen und Schüler, denen es an Ausbildungsreife fehlt. Den Grund sehen wir darin, dass es zu sehr auf Trennung und Aussonderung setzt. Das können wir uns schlichtweg nicht mehr leisten. Die Schule muss konsequent auf Förderung umgestellt werden, jedes einzelnen Schülers mit seinen Stärken und Schwächen. Das ist die Strategie der international erfolgreichsten Länder. Längeres gemeinsames Lernen ist nachweislich erfolgreicher, und auch die Leistungsschwachen werden dabei gestärkt.

Leider lautet die Gleichung: Weniger Verbraucherschutz - geringeres Verbrauchervertrauen. Jeder Skandalfall schwächt das Vertrauen und vernichtet enorme Werte. Das Vertrauen muss durch Verbraucheraufklärung und Qualitätssicherung gestärkt werden. Ein Problem bei uns liegt darin, dass z.B. die Lebensmittelpreise zu niedrig sind, sie spiegeln oft nicht den Wert des Lebensmittels wider. Ruinöse Billigkonkurrenz (siehe erste Frage) spielt dabei eine Rolle.

Ganz klar: Innenstädte müssen gestärkt werden. Hier sind die Fachgeschäfte, hier herrscht urbanes Leben, hier fühlt sich die Kundschaft wohl, hier herrscht im Ganzen fairer Wettbewerb. Handelsstarke Innenstädte stärken im Übrigen auch die ganze Stadt, als Wohn-, Gewerbe- und Kulturstandort. Wir sind gegen Verwässerungen des Planungsrechts. Kooperationen von Handel und Kommunen etwa nach Art der BIDs (Business Improvement Districts) wie in Hamburg und Hesse erfolgreich, haben unsere Sympathie, wenn sie auf Initiative und Zustimmung des Handels beruhen.

Die Umstellung der Rundfunkgebühren vom Gerätebezug auf eine Haushaltsgebühr halten wir grundsätzlich für richtig. Die Einbeziehung von Arbeitsstätten überzeugt uns weniger, denn der gewerbliche Arbeitsplatz ist nicht der typische Ort des Medienkonsums. Wir haben uns für Verbesserungen stark gemacht, mit Teilerfolgen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine gute Sache und überaus erfolgreich. Es bringt den Klimaschutz voran, hilft, uns von Ölimporten und Atomkraft unabhängig zu machen und stärkt uns technologisch im weltweiten Wettbewerb.

Ja, das ist die Lektion von Stuttgart 21. Wir müssen zwei Dinge zusammen bringen: Bei Großprojekten müssen Bürger frühzeitig einbezogen werden (wie es die Schweiz beim Gotthard-Tunnel gemacht hat) und die Verfahren müssen verkürzt werden. Mehr Demokratie und mehr Effizienz - sonst haben wir künftig immer Probleme mit großen Infrastrukturaufgaben, und das können wir uns nicht leisten, wenn wir nicht zurückfallen wollen. Wir haben als erste Partei bereits konkrete Vorschläge gemacht.



Dr. Hans-Ulrich Rülke

Wir setzen am Anfang der Entwicklung an: Die frühkindliche Bildung in Kindergärten hat hohe Bedeutung. Die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindergärten sowie des Projekts „Schulreifes Kind“ war uns deshalb wichtig. Die Sprachstandsdiagnose vor Einschulung ist von herausragender Bedeutung: die Beherrschung der deutschen Sprache ist ein zentraler Schlüssel für den späteren Erfolg. In der Enquete-Kommission „Fit für die Zukunft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ haben wir wichtige Impulse gesetzt. Insbesondere von der Werkrealschule erwarten wir Verbesserungen.

Die EU setzt auf freien Warenverkehr und die Eigenverantwortung des Herstellers mit gleichen europäischen Standards. Nur so können die Unternehmen im weltweiten Wettbewerb bestehen. Nationale Alleingänge lehnen wir ab. Die amtliche Überwachung ist die „Kontrolle der Kontrolle“, sie überprüft die Wirksamkeit der betrieblichen Eigenkontrollen. Unser Leitbild ist der mündige, eigenverantwortliche Marktteilnehmer. Er soll frei entscheiden können, welche Angebote er nutzen will. Dazu ist Information und Wissen über die Produkte erforderlich. Transparenz und Prävention müssen Vorrang haben.

Bei der Städtebauförderung ist es durch die Haushaltskonsolidierung der Bundesregierung bei den Bund-Länder-Programmen zu Einschnitten gekommen. Die FDP im Land hat hier energisch gegengesteuert: Wir haben die Landesmittel um 14 Mio. Euro erhöht und überkompensieren damit den Rückgang der Bundesmittel. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu keinen weiteren Rückgängen kommt. Uns ist die städtebauliche Erneuerung ein herausragend wichtiges Anliegen, um Baden-Württemberg lebenswert und attraktiv zu halten. Nur in ansprechenden Innenstädten kann sich qualitativ hochwertiger Handel halten.

Die grundsätzliche Neuordnung der Rundfunkgebühren erfolgte im Einvernehmen mit den Organisationen der Wirtschaft. Kritik gab es an Details. Wir haben versucht, dieser Kritik weitgehend Rechnung zu tragen: Die Betriebsstättenstaffel wurde mittelstandsfreundlich überarbeitet. Rund 90% der Betriebe zahlen max. einen Rundfunkbeitrag. Bei betrieblich genutzten Kfz ist je Betriebsstätte nur ein Beitrag frei - das geht uns nicht weit genug: Wir wollen generelle Befreiung. Ein entsprechender Prüfauftrag wird deshalb mit dem Staatsvertrag verabschiedet. Beim EEG brauchen wir Neukalkulationen.

Die FDP tritt für ein Modell der aktiven Bürgergesellschaft ein. Die FDP fordert nachdrücklich die Stärkung der Elemente direkter Demokratie, insbesondere auch bei Großprojekten. In der laufenden Legislaturperiode konnten wir mit dem Koalitionspartner aushandeln, das Quorum für die Volksabstimmung nach der Landesverfassung von 1/3 auf 1/4 der Wahlberechtigten zu senken. Ein entsprechender Entwurf befindet sich im Gesetzgebungsverfahren. Für die Zukunft möchten wir aber noch weiter gehen. Zu Stuttgart 21: Wenn ein rechtsstaatliches Verfahren abgeschlossen ist, fordern wir die rechtmäßige Umsetzung.



Edith Sitzmann

Wir setzen uns ein für eine stärkere Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen. Neben der Kompetenzprofilanalyse wollen wir die Jugendberufshilfe in den letzten beiden Schuljahren stärker einbinden. Die Jugendberufshilfe soll die Jugendlichen bei der Berufsorientierung professionell begleiten. Präventiv wollen wir die individuelle Förderung stärken und vorhandene Defizite systematisch abbauen. Außerdem müssen künftig soziale Kompetenzen bei der Leistungsbewertung konsequent und transparent Berücksichtigung finden (projekt- und praxisorientierter Unterricht, Lehrerfortbildung).

Der Dioxin-Skandal zeigt exemplarisch, dass die Interessen des Verbraucherschutzes in Deutschland nur unzureichend berücksichtigt werden. Im Interesse der VerbraucherInnen ist daher mehr Transparenz (Verbraucher-Informationsgesetz) sowie eine verstärkte Kontrolle von Lebensmitteln erforderlich. Verstärkte Kontrollen dienen dem Schutz unserer heimischen Wirtschaft, etwa bei Kinderspielzeug aus China, das immer wieder als gefährlich eingestuft wird. Handelsklassen bei allen Obst- und Gemüsearten (nicht nur für die berühmte Gurke) und manche Hygienevorschriften für Kleinbetriebe bzw. Straßenfeste sehen wir hingegen als unsinnig an.

Wir Grünen setzen uns im Land und in den Kommunen vehement für lebendige Stadt- und Ortszentren und gegen den Flächenverbrauch „auf der grünen Wiese“ ein. Das Land sollte im Landesplanungsgesetz den Kommunen Vorgaben machen, zum Beispiel durch ein verpflichtendes Brachflächenkataster und Höchstmengen für den Flächenverbrauch. Wir setzen uns für einen guten Öffentlichen Nahverkehr ein, der gerade angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung ein wichtiges Bindeglied zwischen Kunden und Einzelhandel ist. Die Städtebauförderung wollen wir erhalten und gezielt zur Quartiersentwicklung nutzen.

Wir Grünen halten einen Systemwechsel bei der GEZ grundsätzlich für richtig und notwendig. Mehr als 90% der Betriebe zahlen in Zukunft nur noch einen Beitrag. Eine mögliche Benachteiligung insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe muss geprüft und falls vorhanden abgebaut werden. Auf dem Strommarkt wollen wir mehr Wettbewerb. Dies ist aber nur ohne eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke möglich. Da fossile Energieträger endlich sind, müssen wir langfristig auf Erneuerbare Energiequellen umstellen. Dazu ist eine Einspeisevergütung wie beim EEG der volkswirtschaftlich günstigste Weg.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine generelle Stärkung der Bürgerbeteiligung ein. Nur mit einem „Mehr an Bürgerbeteiligung“ kann der entstandenen Distanz zwischen Politik und Zivilgesellschaft wirksam begegnet werden. Wir Grünen fordern daher die Einführung einer Volksinitiative auf Landesebene in der Landesverfassung. Die Kommunizierbarkeit von Projekten ist der Lackmestest in der Projektplanung: Planungen von Großprojekten müssen rigoros vor und im Planungsverfahren beschleunigt werden. Fünfzehnjährige Planungszeiten wie bei Stuttgart 21 gehören der Vergangenheit an.